

## **AfD-Fraktion im Rat der Stadt Heinsberg**

**Der Vorsitzende**

### **Stellungnahme der AfD-Fraktion zur Verabschiedung der Haushaltssatzung 2023:**

**Zu Beginn unsere Entscheidung: Die Fraktion der AfD wird der Haushaltssatzung wie in den vergangenen Jahren nicht zustimmen, sondern mit Enthaltung votieren.**

**Zu den Gründen. Das Jahr 2023 ist in hohem Maße von bisher nicht gekannten negativen Entwicklungen und politisch insbesondere auf Bundesebene zu verantwortenden Fehlentscheidungen geprägt.**

**Eine bisher nicht gekannte Teuerung gerade in den Bereichen des Heizens und Wohnens und der Kosten für Lebensmittel erreicht schon bei vielen Bürgern Dimensionen, dass sie nicht mehr wissen, wie sie das alles finanzieren und bezahlen sollen.**

**Sie haben im Gegensatz zu den öffentlichen Körperschaften nicht die Möglichkeit, die Begleichung der durch Corona- und Ukraine-Fehlpolitik bedingten Mehrkosten in den kommenden 50 Jahren abzustottern –**

**übrigens in unseren Augen ein fragwürdiges Verfahren wie auch die Politik der sogenannten „Sondervermögen“.**

**Das ist auch nur eine Verlagerung unmäßiger und jeglichen Rahmen sprengender Ausgabenkosten auf die Kinder und Enkel und deren aktuelle Finanzierung am ordentlichen Haushalt einer Körperschaft und an der weitgehenden Pflicht zur Annuität vorbei.**

**Der neue politische Leitbegriff ist offensichtlich nicht mehr Steigerung des Wohlstands für Alle, sondern Knappheit der Güter und Einschränkungen für die Bürger bei Allem und Jedem.**

**Durch eine schier widersinnige Politik im Energiesektor drohen 2023 erstmalig seit Bestehen der Bundesrepublik Stromabschaltungen bis hin zur Gefahr eines kompletten regionalen Blackouts,**

**weil ideologisch begründete Zielsetzungen einerseits die Nutzung von Kernenergie verteufeln und andererseits die gerade in unserer Region reichlich vorhandene Energie aus Braunkohle nicht mehr nutzen wollen**

**– im Herbst dieses Jahres, wenn die drei derzeit noch produzierenden Kernkraftwerke abgeschaltet sein werden, droht die unangenehme Stunde der Wahrheit für uns alle.**

**Hinzu kommt: Durch die Politik der offenen Grenzen und eine fehlgeleitete Asylpolitik belastet die große Politik die Wohnungsmärkte und die – auch kommunalen – Sozialkassen. Wenn der Ukraine-Konflikt eskaliert und der Stadt noch 500 Flüchtlinge zugewiesen werden, was wird das für den Haushalt der Stadt bedeuten?**

**Wir sind deshalb auch in diesem Jahr der Meinung, dass der Haushaltsentwurf durch Vorgaben der Bundes- und Landespolitik gezwungen ist, Ausgaben zu tätigen, die nicht im Interesse der Einwohner sind, sondern diese eher nur belasten und somit eher schaden.**

**Aber auch die kommunale Politik als solche gibt uns Anlass zur Kritik. Stichwort Ostpromenade.**

**Wir haben den Eindruck, dass hier nicht die Interessen und Anliegen der Nutzer und Anwohner für die planende Verwaltung im Vordergrund stehen, sondern dass man die in Großstädten gängigen Zielsetzungen der Tendenz zur autofreien Stadt und Beschränkung des Individualverkehrs zur Maxime nimmt, weil es vorgeblich dem Klima nützen soll.**

**Wenn die kolportierte Bauzeit von 18 Monaten stimmt, verdient auch das mehr als nur ein Fragezeichen.**

**Das Alles bedeutet im Urteil schlicht: Im Jahr 2023 drohen dem Kreis und der Stadt dermaßen gravierende Risiken und Unwägbarkeiten, dass es schon einer großen Portion Glück bedarf, dass dieser Haushalt bis zum 31. Dezember dieses Jahres Bestand haben könnte.**

**Insofern ist die Haushaltssatzung nur eine Fortsetzung der Haushalte der Vorjahre und will oder kann sich nicht den drohenden Unwägbarkeiten der bedrohlichen Zeitläufte stellen.**

**Wir bezweifeln aber, dass man damit in diesem Jahr 2023 gut fahren wird.**

**Aus all diesen Gründen wird die Fraktion der AfD der Haushaltssatzung nicht zustimmen können und sich bei der Abstimmung enthalten.**